Beschluss der Landesregierung über den Aufbau der Landesregierung Sachsen-Anhalt und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche

Vom 19. Oktober 2021 (MBl. LSA S. 660),
zuletzt geändert durch Beschluss der Landesregierung vom 31. Januar 2023 (MBl. LSA 2023, S. 55).

Gemäß Artikel 68 Abs. 3 Nr. 3 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992 (GVBl. LSA S. 600), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. März 2020 (GVBl. LSA S. 64), wird beschlossen:

I. Aufbau der Landesregierung

1. Es werden die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur sowie die weiteren Ministerien als oberste Landesbehörden gebildet:

a) Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt,
b) Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt,
c) Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt,
d) Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt,
e) Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt,
f) Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt,
g) Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt,
h) Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt,
i) Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt.

2. Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur sowie die weiteren Ministerien haben ihren Sitz in Magdeburg.

3. Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur wird vom Chef der Staatskanzlei geleitet. Er führt die Bezeichnung Staatsminister und Minister für Kultur. Die übrigen Geschäftsbereiche werden von den jeweiligen Ministern geleitet.

4. Der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur werden die Zuständigkeiten für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten mit der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin und der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union in Brüssel zugeordnet.

II. Abgrenzung der Geschäftsbereiche

Die Zuständigkeitsbereiche der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur sowie der weiteren Ministerien werden wie folgt bestimmt:

1. Staatskanzlei und Ministerium für Kultur (Stk)

Allgemeine Europaangelegenheiten,
Ansprechpartner für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus,
Bevollmächtigter für Bundesangelegenheiten,
Bundesrats- und Bundestagsangelegenheiten,
Denkmalpflege, Denkmalschutz, Landesdenkmalbehörden, Landesgeschichte,
EU-Angelegenheiten im Bundesrat, Förderungen des Europagedankens,
EU-Prüfbehörde EFRE/ESF
Fragen der EU und der gesamteuropäischen Einigung, Gnadensachen,
Internationale Zusammenarbeit und Interregionale Kooperation,
Kommunale öffentliche Bibliotheken,
Konzeptionelle Fragen der Aus- und Fortbildung,
Koordinierung der Strategie und inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Förderpolitik einschließlich der Programme für den Einsatz der EU-Fonds,
Koordinierung des Strukturwandels im Mitteldeutschen Revier,
Kulturgutschutz/Kulturgutverluste,
Kunst- und Kulturförderung,
Landesmarketing,
Medienanstalt Sachsen-Anhalt,
Medien- und Presseangelegenheiten,
Museen,
Online-Kommunikation (redaktionelle Koordinierung, ressortübergreifende Abstimmung einschließlich Gestaltungsrichtlinien und Corporate Design zu Landesportal und den Social Media),
Organisation der Landesregierung,
Presse- und Informationsamt der Landesregierung,
Protokoll,
Ressortkoordinierung,
Regierungsplanung,
Staatliche Stiftungen des öffentlichen Rechts des Landes im Kulturbereich,
Stiftung Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt,
Stiftungsaufsicht über die staatlichen Stiftungen des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich,
Strategisches qualitatives Personalmanagement,

Titel, Orden, Ehrungen, bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt,
Traditions- und Heimatpflege,
UNESCO-Weltkulturerbestätten,
Verfassungsangelegenheiten,
Vertretung des Landes beim Bund,
Vertretung des Landes bei der EU.

2. Ministerium für Inneres und Sport (MI)

Allgemeines Recht der Gefahrenabwehr,
Allgemeines Verwaltungsverfahrensrecht einschließlich Verwaltungsvollstreckungs- und Verwaltungszustellungsrecht, Ansprechpartner für Föderales Informations-Management in der Landesverwaltung,
Archivwesen,
Ausländer-, Asyl- und Vertriebenenwesen,
Aus- und Fortbildung einschließlich in EU-Angelegenheiten (außer konzeptionelle Fragen der Aus- und Fortbildung),
Bewachungsgewerbe,
Brand- und Katastrophenschutz,
Datenschutz (ohne Verbraucherdatenschutz),
Dienst- und Fachaufsicht über die Versorgungsstelle für die Sonderversorgung der Polizei, Feuerwehr und des Strafvollzuges,
E-Government-Recht in der Landesverwaltung,
Enteignungsrecht,
Ehe- und Altersjubiläen, öffentliche Belobigungen,
Erschließungsbeitragsrecht,
Gebietsreform, Kommunalreform (einschl. Stadt-Umland-Problematik in Abstimmung mit dem Ministerium für Infrastruktur und Digitales),
Geheimschutz,
Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft und jüdische Friedhöfe,
Grundstücksverkehrsordnung,
Häftlingshilfegesetz,
Hoheitszeichen und Symbole,
Investitionsvorrangregelung,
Kampfmittelbeseitigung,
Kommunalangelegenheiten mit Ausnahme des kommunalen Finanzausgleichs,
Kommunalaufsicht,
Kommunale Haushalte,
Lagezentrum der Landesregierung,

Landesgrenzen,
Militärische Angelegenheiten einschließlich militärischer Luftverkehr, Zivildienst,
Offene Vermögensfragen,
Öffentliche Sicherheit und Ordnung,
Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr,
Organisation der Landesverwaltung,
Pass-, Ausweis- und Melderecht,
Polizei,
Ressortübergreifende Aufgabenkritik
Rettungswesen,
Sammlungen, Lotterien und Glücksspiele, Spielbankaufsicht,
Sonn- und Feiertagsrecht,
Sperrzeitrecht,
Sport,
Staatsangehörigkeits-, Personenstands- und Namensrecht,
Statistik,
Stiftungen des privaten Rechts, Allgemeines Stiftungsrecht,
Vereinsrecht,
Verfassungsschutz,
Verkehrsrechtliche Grundsatzfragen des Brand- und Katastrophenschutzes,
der Polizei sowie der Streitkräfte,
Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei und Sicherheitsbehörden,
Versammlungsrecht,
Verwaltungs- und Funktionalreform,
Vollzug von Parteiverboten,
Vorschlagswesen,
Wahlen, Abstimmungen,
Waffenrecht,
Wiedergutmachung einschließlich der verwaltungsrechtlichen und beruflichen
Rehabilitierung (DDR-Unrecht),
Zentrale Leistungsredaktion,
Zentrale Stelle für die Aufgabenkritik im kommunalen Bereich,
Zentrale Stelle für Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption in der Landesverwaltung,
Zentrale Stelle Personalmanagement,
Zivile Verteidigung.

3. Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz (MJ)

Angelegenheiten der Rechtsetzung (Rechtsetzung - einschließlich Verfassungsmäßigkeit, Notwendigkeit, Vollzugseignung und Rechtsfolgenabschätzung -, Rechtsvereinfachung, Rechtsbereinigung, Rechtsförmlichkeit) und Verkündungswesen[1)] samt Amtsblattstelle (GVBl. LSA, MBl. LSA, SVBl. LSA und JMBl.LSA),
Vorschrifteninformationssystem,
Europarecht,
Freiwillige Gerichtsbarkeit,
Gerichtsorganisation und Gerichtsverfassung,
Gerichtsverfahrensrecht und -kostenrecht,
Gnadenwesen,
Juristen- und Justizaus- und -fortbildung,
Justizverwaltungsangelegenheiten,
Justizvollzug,
Landesjustizprüfungsamt,
Landesopferbeauftragter,
Lesben/Schwule/Bisexuelle/Transsexuelle/Intersexuelle (LSBTI)
Mitgliedschaft in den Richterwahlausschüssen nach Art. 95 Abs. 2 GG und § 1 Abs. 3 RiWG,
Notariats- und Anwaltswesen,
Ordnungswidrigkeitenrecht,
Recht der Schieds- und Schlichtungsstellen,
Rechtshilfe,
Soziale Dienste der Justiz,
Stasi-Unterlagen-Gesetz,
Strafrecht, Verfassungsrecht des Bundes und des Landes, soweit Rechtsetzung und Landesverfassungsgericht,
Verbraucherschutz (Verbraucherberatung, -zentrale, datenschutz, -bildung einschließlich sonstiger allgemeiner Angelegenheiten des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes; zivilrechtlicher Verbraucherschutz,
Völkerrecht,
Zentrale Anlaufstelle für die Opfer und deren Angehörige in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen,
Zivilrecht.

4. Ministerium der Finanzen (MF)

Beamtenrecht,
Beamtenversorgung,
Besoldung,
Bund-Länder-Finanzausgleich,
Bürgschaften,
Einführung, Grundsatz und Koordinierung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung,
Finanzierungshilfen, soweit nicht anderen Ressorts übertragen,
Finanzpolitik,
Führung des Ausgleichsstocks nach dem Finanzausgleichsgesetz (im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres und Sport),
Grundsätze der Gebührenerhebung und des Verwaltungskostengesetzes sowie Erlass der Allgemeinen Gebührenordnung,
Grundsätze und Methoden der Strategischen Steuerung aus finanzpolitischer Sicht,
Grundsätzliche Fragen des Verwaltungskostenrechts,
Kassen-, Rechnungs- und Rechnungsprüfungswesen,
Kommunaler Finanzausgleich,
Koordinierung und Beratung Public Private Partnership (PPP)
Landeshaushalt,
Liegenschaften, Verwaltung Sondervermögen, Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt,
Mittelfristige Finanzplanung,
Öffentliche Banken, Sparkassen und öffentlich-rechtliche Versicherungen,
Personalvertretungsrecht,
Planung und Umsetzung von Forschungsbauten in Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt,
Schulden, Kreditaufnahme (sämtliche Kreditaufnahmen für das Land und seine Sondervermögen), Liquiditätsmanagement des Landes,
Staatlicher Hochbau ohne Bauordnungsrecht und Bauaufsicht (einschl. Hochschulbau und Hochschulneubau) inkl. nachgeordneter Bereich,
STARK III - Energetische und allgemeine Sanierung öffentlicher Gebäude,
Steuerberatende Berufe,
Steuerrecht und steuerliches Verfahrensrecht, ausgenommen Regelungen zu örtlichen Aufwands- und Verbrauchssteuern nach dem Kommunalabgabengesetz und Steuerfestsetzungen bei Realsteuern,
Steuerverwaltung,
Strategisches quantitatives Personalmanagement,
Tarifrecht,

Vermögen/Beteiligungen,
Vermögenszuordnungsverfahren nach dem Vermögenszuordnungsgesetz,
Verwaltung der Kompensationsmittel des Bundes (Hochschulbau) und Evaluierung der Kompensationszahlungen in Abstimmung mit dem
Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt,
Verwaltungsbehörden für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) EU-VB (Strukturfonds EFRE/ESF) und VB-ELER (Investitionsfonds ELER), EU-Bescheinigungsbehörde EFRE/ESF, EU-Bescheinigende Stelle ELER.

5. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS)

Allgemeine medizinische Angelegenheiten,
Ambulante medizinische Versorgung,
Antidiskriminierung,
Apothekenwesen,
Arbeit,
Arbeitsmarktpolitik,
Arbeitsrecht,
Arbeitsschutz,
Armuts- und Reichtumsmonitoring,
Außerschulische Jugendbildung,
Badegewässerhygiene,
Beauftragter der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen,
Berufliche Aus- und Weiterbildung insbesondere in der Wirtschaft einschließlich finanzieller Förderung,
Bestattungswesen,
Bürgerschaftliches Engagement,
Demografische Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik in Abstimmung mit dem Ministerium für Infrastruktur und Digitales,
Demokratieförderung (unter anderem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffentheit),
Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen,
Familienhilfe, Familienförderung,
Frauen- und Gleistellungspolitik, Koordination innerhalb der Landesregierung,
Frauenförderung, Frauenfördergesetz,
Freiwilligendienste,
Frühkindliche Bildung,
"Gender Mainstreaming",

Gleichstellung/Gleichstellungsbeauftragte,
Gesundheitliche Belange der Gentechnologie,
Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung, Gesundheitsprävention,
Grundsicherung für Arbeitsuchende,
Heilberufe und Fachberufe des Gesundheitswesens, soziale Berufe,
Heimrecht (Wohn- und Teilhabegesetz) und Heimaufsicht, Hospiz,
Humanarzneimittelwesen,
Hygiene,
Infektionsschutz,
Integrationsbeauftragte(r) der Landesregierung,
Integration schwerbehinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt,
Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen,
Islamismusprävention,
Kammern für Humanheilberufe,
Kinder- und Jugendbeauftragte(r),
Kinder- und Jugendhilfe,
Kinder- und Jugendschutz,
Koordinierung der Fachkräftesicherung,
Koordinierung der Integrationspolitik,
Krankenhausplanung und -finanzierung,
Krebsregister,
Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge, soziales Entschädigungsrecht,
Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz
(Soziale Ausgleichsleistungen nach § 3 Anti-D-Hilfegesetz),
Landesjugendamt,
Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Intersexuelle (LSBTI),
Marktüberwachung für Produkte nach dem Produktsicherheitsgesetz,
Maßregelvollzug,
Medizinprodukte,
Öffentlicher Gesundheitsdienst,
Organspende,
Pflege,
Pflegesätze und leistungsgerechte Entgelte, Pflegekosten, Politik für Menschen mit Behinderungen,
Psychisch Kranke,
Rehabilitation und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen,
Rohrfernleitungen, soweit überwiegend Belange des Arbeitsschutzes oder des Allgemeinen Gesundheitsschutzes betroffen sind,

Seniorenheime, Seniorenpolitik und offene Seniorenhilfe,
Sozialhilfe,
Sozialversicherung (Kranken-, Renten-, Unfall-, Pflegeversicherungen),
Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe,
Tarifrecht (gewerbliche Wirtschaft, Handel),
Tarifregister,
Trinkwasserhygiene,
Umweltmedizin, Umwelthygiene (soweit nicht das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt zuständig ist),
Unterhaltsvorschuss,
Wohlfahrtspflege.

6. Ministerium für Bildung (MB)

Allgemein bildendes und berufsbildendes Schulwesen,
Erwachsenenbildung,
Kirchenangelegenheiten einschließlich Religionsgemeinschaften,
Kirchliche Stiftungen,
Landeszentrale für politische Bildung,
Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung,
Schulbauförderung,
Schulbehörden,
Schulentwicklungsplanung,
Schulsozialarbeit,
Schulverwaltung,
Stiftungsaufsicht über die staatlichen Stiftungen des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich,
Stiftung Schulpforta.

7. Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (MWL)

Agrarpolitik,
Agrarangelegenheiten,
Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen
(Richtlinien in Abstimmung mit dem für Umwelt zuständigen Ministerium),
Altlastenfreistellung, Rechts- und Fachaufsicht über die Landesanstalt für Altlastenfreistellung,
Außenwirtschaft, Absatzförderung,
Bergrechtliche Belange bei Endlagern für radioaktive Abfälle,
Bergverwaltung einschließlich bergbaulicher Sanierung,

Berufliche Aus- und Weiterbildung (Agrar- und Hauswirtschaft, Forstwirtschaft),
Bodennutzung und Bodenkultur,
Börse,
Clusterpolitik, Förderung von Clustern und Clusterinitiativen unter Beteiligung der jeweils betroffenen Ministerien,
Domänen, Liegenschaften der Landwirtschafts- und Forstverwaltung
(soweit nicht das Ministerium der Finanzen zuständig ist),
Dorferneuerung,
EG-Binnenmarkt,
Eichwesen,
Entwicklungszusammenarbeit,
Ernährungsvorsorge, -sicherstellung,
Europäischer Fischereifonds,
EU-Zahlstelle (Agrarfonds (ELER, EGFL),
Existenzgründung,
Fischwirtschaft,
Fleischhygiene,
Flurneuordnung, Bodenordnung,
Förderung der wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung,
Förderung des ländlichen Raumes,
Forstpolitik,
Forstliche Angelegenheiten,
Frau und Wirtschaft,
Frauenpolitik im ländlichen Raum,
Freie Berufe, Dienstleistungen,
Futtermittelangelegenheiten,
Gartenbau, Landschaftsbau,
Genressourcen,
Gentechnik und -sicherheit (außer Arbeitsschutz),
Geologie und Bodenkunde,
Gesundheitsbezogener Verbraucherschutz bei Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen,
Handel einschließlich Ladenschlussrecht,
Handwerk,
Holzverwertung,
Industrieansiedlung, -betreuung,
Innovationspolitik,
Jagdwesen,

Kammern,
Kleingartenwesen,
Landes- und Bundesgartenschauen,
Landwirtschaftsförderung,
Landwirtschaftliches Beratungswesen,
Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung,
Marktordnungen,
Marktordnungsmaßnahmen,
Marktpolitik,
Marktstrukturpolitik,
Marktüberwachung nach dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz,
Materialprüfung,
Messewesen,
Mittelstandsförderung,
Nachwachsende Rohstoffe,
Nationalparkverwaltung des Nationalparks Harz,
Öffentliches Auftragswesen,
Pflanzliche Erzeugung und Agrarökologie, Pflanzenschutz, Preisrecht,
Privat- und Körperschaftswald,
Private Banken,
Produktverarbeitung,
Regionale ländliche Entwicklung,
Qualitätssicherung,
Rohstoffsicherung, -vorsorge,
Spielhallenrecht,
Standortmarketing,
Stiftungsaufsicht über die staatlichen Stiftungen des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich,
Technologiepolitik,
Technologietransfer,
Tierarzneimittelwesen,
Tierärztliche Berufs- und Approbationsangelegenheiten,
Tierhaltung,
Tierische Erzeugung und Vermarktung, Fischerei,
Tierschutz,
Tierseuchenbekämpfung,
Tierzucht,

Tourismus,
Umweltfragen der Wirtschaft,
Unternehmenssicherung,
Verkehrsfragen der Wirtschaft,
Versicherungsaufsicht,
Vertragsnaturschutz (Richtlinienerstellung in Abstimmung mit dem für Umwelt zuständigen Ministerium),
Veterinärangelegenheiten,
Waldökologie,
Waldschutz,
Weinbau,
Wettbewerbsrecht, Landeskartellbehörde,
Wirtschaftsförderung,
Wirtschaftspolitik,
Wirtschafts-, Gewerbe- und Handwerksrecht,
Zuständige Behörde für die EU-Zahlstelle ELER und EGFL.

8. Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU)

Abfallbeseitigung,
Abfallvermeidung,
Abfallverwertung,
Abwasserbeseitigung,
Agenda 21,
Akademische Grade,
Akademisches Studien- und Prüfungswesen,
Anlagensicherheit,
Antragsverfahren zu Forschungsbauten in Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen,
Aufstiegsfortbildungsförderung,
Ausbildungsförderung,
Außeruniversitäre Forschung,
Arten- und Biotopschutz,
Bewirtschaftung der Gewässer,
Bodenschutz,
Chemikalien- und Produktsicherheit (außer Arbeitsschutz), Eingriffsregelung nach Naturschutzgesetz,
Emissionsschutz,
Energieaufsicht und Energieregulierung,

Energieeinsparung,
Energieleitungen und Rohrfernleitungen (soweit nicht das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleistellung zuständig ist), künstliche Wasserspeicher,
Energiepolitik,
Energiewirtschaft,
Energiewirtschaftsrecht,
Erneuerbare Energien,
Flächenverwaltung des Naturschutzes und des Hochwasserschutzes (soweit nicht das Ministerium der Finanzen zuständig ist),
Forschungsförderung und deren Koordinierung,
Freiwilliges ökologisches Jahr,
Gewässeraufsicht,
Gewässerkundlicher Landesdienst,
Gewässerunterhaltung,
Gewässer- und Grundwasserschutz,
Großschutzgebiete,
Grundsätze der Umweltverträglichkeitsprüfung,
Hochschulen,
Hochschulzugang,
Hochschulzulassung,
Hochwasserschutz/Überschwemmungsgebiete,
Immissionsschutz,
Kernenergie und Strahlenschutz,
Klimaschutz, Anpassung an die Folgen des Klimawandels, Kreislaufwirtschaft,
Landesenergieagentur,
Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas,
Landesweite und ressortbezogene Koordinierung zu Klimaschutz und Klimawandel in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ressorts,
Landschaftsplanung und -entwicklung,
Nachhaltige Entwicklung,
Naturschutz und Landschaftspflege,
Nukleare Entsorgung,
Öffentlich-Rechtliche Landesstiftungen in der Wissenschaft,
Schutzgebiete des Naturschutzes ,
Stiftungsaufsicht über die staatlichen Stiftungen des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich,
Studentenwerke,
Studentenwohnraumförderung,
Umgang mit wassergefährdenden Stoffen,

Umweltallianz,
Umweltangelegenheiten,
Umweltbelange der Rekultivierung ehemaliger Bergbaugebiete,
Umwelterziehung, Umweltaus- und -fortbildung,
Umweltpolitische Gesamtplanung,
Universitätsklinika,
Verwaltung der Kompensationsmittel des Bundes (Großgeräte) und Evaluierung der Kompensationszahlungen in Abstimmung mit dem Ministerium der Fianzen,
Wasserbau,
Wasserrecht,
Wasserschutzgebiete,
Wasserwirtschaftliche Planung, Wasserbuch,
Wasserversorgung,
Wisschenschaftliche Bibliotheken,
Wissenschaftliche Forschungseinrichtungen.

9. Ministerium für Infrastruktur und Digitales (MID)

Bauordnungsrecht,
Bauplanungsrecht,
Bautechnik,
Beauftragte oder Beauftragter der Landesregierung für Informations- und Kommunikationstechnologie (CIO),
Demografische Entwicklung,
Digitale Gesellschaft,
Digitale Infrastrkturen,
Digitale Verwaltung, Verwaltungsmoderniesierung,
Digitalisierung des Verkehrs,
E-Gouvernment in der Landesverwaltung,
Elektronische Aktenführungs- und Vorgangsbearbeitung, DMS/VBS,
Europäische Raumentwicklung,
Fernmeldehauptzentrale,
Förderung des kommunalen Straßenbaus, Straßenbaufinanzierung,
Geodateninfrastruktur/Geoinformationswesen,
Güterkraftverkehr und Logistik,
Häfen und Schifffahrt,
Informationssicherheit,
Informationssicherheitsbeauftragte- oder beauftragter für die Landesverwaltung (CISO),

IT-Haushalt,
IT-Planungsrat, Föderale IT-Kooperation (FITKO),
Kommunikationsinfrastruktur des Landes,
Landesfördermitteldatenbank und Landesleitstelle für die Landesfördermitteldatenbank,
Luftverkehr, Luftsicherheit und Wetterdienst,
Mobilitätskonzepte und -studien für alternative Antriebe,
Multikanalservice des Landes,
Nachhaltige Raumentwicklung,
Öffentlicher Personennahverkehr,
Öffentlicher Personenverkehr,
Onlinezugangsgesetz,
Open-Government, Open-Data,
Ordnung des Straßenverkehrs,
Personalmanagementsystem PROMIS
(inklusive Fachverfahren Pesonalkostenhochrechnung (PersoKH) und ohne Fachverfahren Informationssystem des Landes Sachsen-Anhalt (ISA)),
Post- und Telekommunikation,
Radverkehrsinfrastuktur und Radverkehrskoordination,
Raumordnung, Landesentwicklungsplanung, Grundlagen der Regionalplanung,
Raumordnungskataster, landesplanerische Abstimmung von Einzelprojekten,
Schienenverkehr (einschließlich Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs),
Städtebau,
Städtebauförderung,
Stadt-Umland-Problematik hinsichtlich raumordnerischer Belange in Abstimmung mit dem Ministerium für Inneres und Sport,
Straßenplanung und -bau,
Straßenrecht,
Straßenunterhaltung und -betrieb, Straßenverkehrstechnik,
Strukturwandel für die Verkehrsinfrastruktur,
Verkehrspolitik, -planung und -forschung,
Verkehrssicherheit,
Vermessungs- und Katasterwesen,
Vollständiger technischer Betrieb des Landesportals; Koordinierung der E-Government-Angebote der Landesverwaltung für die Öffentlichkeit,
Wohngeld,
Wohnungsbauförderung,

Wohnungs- und Mietrecht,
Wohnungsfürsorge für Landesbedienstete,
Wohnungswirtschaft,
Zentrale Infrastrukturdienste.

III. Ausführungsvorschriften

1. Einzelheiten der Abgrenzung der Geschäftsbereiche werden zwischen der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur sowie den weiteren Ministerien abgestimmt.

2. Soweit in Rechtsvorschriften bestimmte Zuständigkeiten von Aufgabenverlagerungen zwischen den Geschäftsbereichen berührt werden, gehen sie auf das mit dem Inkrafttreten der Änderung zuständige Ministerium oder die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur über. Die Fachaufsicht einer nachgeordneten Behörde über ihr nachgeordnete Behörden bleibt unverändert, auch wenn die Aufsicht nach Satz 1 wechselt, soweit im Einzelfall nichts anderes bestimmt ist.

3. Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

IV. In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

1. Dieser Beschluss tritt am 19. Oktober 2021 in Kraft.

2. Gleichzeitig tritt der Beschluss der Landesregierung über den Aufbau der Landesregierung Sachsen-Anhalt und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche vom 24. Mai/7. Juni 2016 (MBl. LSA S. 369), zuletzt geändert durch Beschluss vom 16. September 2021 (MBl. LSA S.587) außer Kraft.